

**Antrag
an den SPD-Unterbezirksparteitag
am 20.4.2013 in Grebenau**

Swen Bastian
Vorsitzender der
SPD Vogelsbergkreis

Fon: 06631 - 2457
Fax: 06631 - 2945
swen.bastian@spd-vogelsberg.de

21.03.2013

Umbau des Solidarpaktes II zu einem gesamtdeutschen „Solidarpakt Demografie“ nach 2019

Antrag an den Unterbezirksparteitag der SPD Vogelsbergkreis am 20.4.2013 in Grebenau zur Beschlussfassung und Weiterleitung an den SPD-Bezirks- und Bundesparteitag sowie an die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion:

Antrag

Die SPD setzt sich dafür ein, den Solidarpakt II auch über das Jahr 2019 hinaus fortzuführen und zu einem Förderinstrument umzubauen, das im gesamten Bundesgebiet gezielt die Nachteile der demografischen Entwicklung und die daraus resultierende unterproportionale Finanzkraft der nachteilig betroffenen Regionen ausgleicht.

Begründung

Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel zur Sicherstellung notwendiger öffentlicher und kommunaler Aufgaben sowie Infrastrukturen reichen bereits heute nicht aus. Auf den unterschiedlichsten Ebenen stellen wir mit großer Sorge das Auflaufen von enormen Investitionsstaus sowie einen stetigen Anstieg von strukturellen Defiziten für die Bereitstellung notwendiger Angebote der öffentlichen und kommunalen Daseinsvorsorge fest.

Gerade in den vom demographischen Wandel betroffenen Körperschaften und den ländlich geprägten Gebieten tritt dieses Problem noch deutlich schärfer zu Tage. Die vom demografischen Wandel besonders benachteiligten Gebiete stehen vor der enormen Herausforderung eines bedarfsgerechten Umbaus ihrer notwendigen öffentlichen und kommunalen Angebots- und Infrastruktur. Bei der Herkulesaufgabe dieses Umbau- und Anpassungsprozesses darf man die Regionen nicht allein lassen, zumal die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Gebiete zusätzlich durch steigende Sozialausgaben und geringere Zuweisungen durch den Einwohnerschlüssel im Finanzausgleich belastet sind.

Daher lehnt die SPD das aktuell von der FDP in die Diskussion gebrachte Auslaufen des Solidarpaktes II nach dem Jahr 2019 ab und setzt sich für einen Umbau des Programms zu einem gesamtdeutschen Förderinstrument ein.

...Rückseite

Von dramatischer Abwanderung insbesondere junger Leute aus bestimmten Regionen sowie dem natürlichen Verlust von Einwohnern sind auch zahlreiche ländlich geprägte Gebiete in den sogenannten alten Bundesländern betroffen. Innerhalb der Bundesländer sind Wanderungsbewegungen aus den ländlichen Gegenden hin zu den Ballungsräumen zu verzeichnen. Es wird daher in den nächsten Jahren entscheidend darauf ankommen, die betroffenen Regionen bei der Bewältigung des demografischen Wandels und des daraus folgenden Strukturwandels zu unterstützen.

Durch einen angepassten „Solidarpakt Demografie“ für das gesamte Bundesgebiet, über das Jahr 2019 hinaus, könnten die enormen Risiken, die der demografische Wandel für die Regionen mit sich bringt, um die Chance ergänzt werden, diesen Wandel vor Ort aktiv zu bewältigen. Dazu bedarf es jedoch einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, um das verfassungsrechtlich garantierte Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in der gesamten Bundesrepublik abzusichern.